

für Gesetzgebung zuständige Akteur in dieser Grundsatzfrage verhält. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/4349** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Überweisung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

15 Chancengleichheit verbessern – BAföG 2007 erhöhen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3496

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innovation,
Wissenschaft, Forschung und Technologie
Drucksache 14/4354

Dieser Antrag wurde gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen mit der Bestimmung, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Diese Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses liegen Ihnen nunmehr vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion „Chancengleichheit verbessern – BAföG 2007 erhöhen“ behandelt ebenfalls ein Thema, Herr Kollege Witzel, das natürlich sowohl den Bund als auch das Land beschäftigt. Aber wir sehen unsere Aufgabe als Landtagsabgeordnete – und das sollten Sie auch – zuvörderst darin, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen zu vertreten. Das schließt nicht aus – davon können Sie ausgehen –, dass wir die Kon-

takte mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Bund, in Europa und überall sonst effektiv nutzen für unsere politische Arbeit und natürlich auch für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Unser Antrag hat verschiedene Stufen der Beratung im Fachausschuss durchlaufen. Plenar wird er zum ersten Mal beraten. Aber er hat von Januar bis heute sicherlich nicht an Aktualität verloren. Ganz im Gegenteil: Die Presseberichterstattung des gestrigen Tages hat gezeigt, wie aktuell unser Antrag ist. Man könnte schon fast vermuten, dass wir mit unseren Kollegen im Bundestag abgesprochen hätten, dass das Thema heute auf der Tagesordnung und zur Abstimmung steht, Herr Kollege Witzel.

Wir sind der Meinung – entgegen dem, was die beiden Koalitionsfraktionen im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie beschlossen haben –, dass wir uns zu diesem Antrag positiv verhalten sollten, weil die Forderungspunkte, die unser Antrag beinhaltet, voll auf der Linie dessen liegen, was in der Expertenanhörung am 21. Mai im Deutschen Bundestag im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum BAföG gesagt worden ist, und auch – da freue ich mich insbesondere über den Sinneswandel von Frau Ministerin Schavan – mit dem übereinstimmen, was die Koalitionspartner zum Thema BAföG-Erhöpfung in Aussicht gestellt haben.

Wir müssen dies ja im Zusammenhang sehen mit der kleinen Novelle, die Anlass der Anhörung war – die Auswirkungen des 17. BAföG-Berichtes –, und der jetzt angekündigten größeren BAföG-Novelle für das Jahr 2008. Hier verbinden sich die Forderungen und decken sich voll inhaltlich mit den vier Forderungspunkten unseres Antrags.

Wir freuen uns deswegen über den Sinneswandel von Frau Schavan, weil deutlich wird, dass der Weg über Studienkredite, den bestimmte ordnungspolitische Vordenker der Liberalen hier im Hause als zentrales Feld ihres Handelns sehen, nicht richtig ist. Frau Schavan erkennt mittlerweile an, dass das BAföG eben kein Auslaufmodell ist, sondern es bleibt das zentrale Instrument für Chancengleichheit in der Bildung und ist eine dringende Voraussetzung für Studierende gerade aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten. Das halten wir für einen Fortschritt in der politischen Debatte. Wir fordern Sie auf, dem hier im Landtag zu folgen, gerade auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Anhörung vom vergangenen Montag.

Meine Damen und Herren, was wir nicht wollen – ich glaube, da sind wir uns auch in der Debatte im Fachausschuss einig gewesen und befinden uns auch in Übereinstimmung mit der Position des zuständigen Fachministeriums –, ist, dass die Kollegiatenförderung zurückgefahren oder verschlechtert wird, wieder in die Elternabhängigkeit geführt wird. Wir sind auch gegen die Verschlechterung beim Auslands-BAföG. Insofern gibt es aus meiner Sicht und aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion keinen Grund für das Haus, diesen Antrag hier heute abzulehnen.

Wir wollen Ihnen deshalb anbieten – denn es gäbe ein schlechtes Bild in die Öffentlichkeit hinein, etwas abzulehnen, wofür man eigentlich gemeinsam eintritt –, die politische Bewertung unseres Antrags, die natürlich aus sozialdemokratischer Sicht geschrieben worden ist, vom Forderungsteil zu trennen, sodass gegebenenfalls getrennt darüber abgestimmt werden kann. Wir möchten Ihnen das anbieten, um auf diesem Wege eine gemeinsame Position finden zu können, die auch für unsere Positionierung in Berlin wichtig ist.

Wir legen auch Wert darauf, dass es eben nicht nur eine Positionierung des zuständigen Ministeriums und der Landesregierung in den Bundsratsgremien ist, sondern dass es eine Positionsbeschreibung des Landtages von Nordrhein-Westfalen ist, der ja als Haushaltsgesetzgeber die Komplementärmittel für eine Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bereitstellen muss. Das ist eine zutiefst dem Landtag zugeordnete Aufgabenstellung, meine Damen und Herren. Geben Sie sich einen Ruck! Es macht auch einen guten Eindruck nach außen, wenn man einmal gemeinsam etwas beschließt im Interesse der jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die CDU hat jetzt der Kollege Hollstein das Wort.

Jürgen Hollstein (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der gerade dargestellt worden ist, Herr Schultheis, stammt – ich glaube, Sie haben es auch erwähnt – vom 16. Januar dieses Jahres. Das heißt, er ist über vier Monate alt. Seitdem hat sich viel getan. Seitdem hat sich die Welt ein bisschen verändert. Trotz der Trockenheit im vergangenen Monat ist seitdem sehr viel Wasser den Rhein heruntergeflossen. Ihr Versuch, den Termin heute zurechtzubiegen und zu erklären, warum gerade heute der

richtige Zeitpunkt ist, diesen Antrag plenar zu behandeln,

(Karl Schultheis [SPD]: Ich kann den Termin nicht zurechtbiegen! Er ist, wie er ist!)

grenzt schon an eine gewisse Selbstüberschätzung, Herr Schultheis.

Lassen Sie uns einen Blick auf die Historie werfen! Am 31. Januar wurde im Deutschen Bundestag mit der Drucksache 16/4162 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD vorgelegt. Darin wurden Details zur Reform des BAföGs angesprochen. Darin stand aber keine Forderung nach einer Erhöhung der BAföG-Sätze. Die SPD-Fraktion war und ist Mit Antragsteller und spricht mit keiner Silbe und in keiner Kommentierung von einer BAföG-Erhöhung.

Zwei Wochen später, am 14. Februar, verabschiedete die Bundesregierung einen Entwurf für ein reformiertes BAföG, wohlgemerkt: ohne Erhöhungen. Die SPD schweigt. Niemand in Ihren Reihen regt sich auf.

Am 20. März 2007 titelt das „Handelsblatt“:

„Schavan will Bafög schon 2008 erhöhen“

So viel zu dem von Ihnen eben angesprochenen Sinneswandel.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Anfang Mai 2007 brüstet sich plötzlich der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag mit einer SPD-Initiative zur Erhöhung des BAföG.

Meine Damen und Herren, Sie wollen uns nicht erzählen, dass das möglicherweise sogar auf Ihren Antrag vom 16. Januar zurückgeht! Das wäre ebenfalls eine maßlose Selbstüberschätzung.

(Beifall von der CDU)

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat im Bund keine Meinung, hat nichts zu sagen und steht in keinem Zusammenhang damit. Das wissen alle in diesem Hause.

Am Montag, dem 21. Mai, fand im Bundestag eine Anhörung zum BAföG-Gesetz statt. Ich stimme für meine Fraktion mit Kollegin Ilse Aigner überein, die es auf Ihrer Homepage mit dem Satz kommentiert: Eine Anhebung der BAföG-Bedarfssätze sowie der Freibeträge ist erforderlich. – Sie weist auf die Einbringung in die Haushaltsverhandlungen 2008, erwähnt auch die geplante Familienkomponente und die Verbesserung der Förderung von Studienabschnitten im Ausland. Ich denke, das ist gut und richtig.

(Beifall von der CDU)

Das Problem liegt aber in Wirklichkeit viel tiefer. Die letzte Bafög-Anpassung erfolgte im Jahr 2001. Die rot-grüne Bundesregierung hatte bereits bei der Diskussion um den Bafög-Bericht 2003 angekündigt, die Freibeträge und die Bedarfssätze zu erhöhen. Passiert ist nichts.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Frau Schavan war damals nicht Ministerin. Sie haben da etwas falsch in Erinnerung.

Im Sommer 2005 fand unter der alten rot-grünen Bundesregierung wieder eine Diskussion über die Bildungs- und Hochschulfinanzierung statt. Auch hier forderte die CDU Anpassungen. Passiert ist nichts.

Sie sehen, seit Jahren besteht eine dringende Handlungsnotwendigkeit. Die Probleme der Studierenden sind nicht nur wirtschaftlich begründet. Es gibt eine Vielfalt von Problemen der Studierenden, auf die wir in Nordrhein-Westfalen mit einem neuen Hochschulfreiheitsgesetz, mit einem Gesetz über Studienbeiträge geantwortet haben, das seinen Namen auch verdient, weil das Geld wirklich den Studierenden zugute kommt, indem Studienbedingungen und Lehre deutlich verbessert werden.

2008 wird die Bafög-Erhöhung kommen. Dies geschieht mit oder ohne den SPD-Antrag, der in der Sache überholt und von vorgestern ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

An dieser Stelle wäre es konsequent, den Antrag zurückzuziehen, weil er von den Realitäten wirklich überholt worden ist. Er hat derzeit ungefähr die Qualität eines Beschlusses, der besagt, dass morgen Donnerstag sein soll. Das können wir hier ebenso beschließen wie Ihren Antrag. Es ist genau so richtig wie überflüssig.

Sie werden verstehen, dass wir den Antrag ablehnen, und die Bafög-Erhöhung kommt trotzdem.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hollstein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Abgeordneter Groth das Wort.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hier pas-

siert, ist wohl ein bisschen kindisch. Ich will mich deshalb auch nicht weiter auf Ihren witzigen Schlagabtausch einlassen.

Lassen Sie mich einmal so beginnen: Würde man eine Umfrage in meiner Heimatstadt Bochum machen, fielen den Menschen auf der Straße neben dem VfL Bochum und Grönemeyer vor allem zwei Institutionen ein: das Bergbaumuseum als Symbol einer großen Leistung der Vergangenheit – das ist klar – und die Ruhr-Universität als Symbol für die Zukunft – das ist auch klar. Das sind die Dinge, die die Menschen auf der Straße mit Bochum verbinden. Das ist auch richtig so.

(Zuruf von der SPD: Und der VfL!)

– Das hatte ich doch schon gesagt. Schönen Dank, dass Sie auch zuhören, Herr Sichau. Es ist sehr nett.

Der VfL ist es ganz zu Anfang. Dann ist es Herbert Grönemeyer und dann ist es das Bergbaumuseum. Alles wird aber überstrahlt von der Ruhr-Universität.

Mit diesem Beispiel will ich betonen: Die Zukunft von NRW liegt eben nicht mehr 1.000 Meter unter der Erde. Das ist klar. Die Zukunft von NRW liegt in den Köpfen der Menschen, die hier arbeiten, studieren und forschen. Das ist eine Tatsache. Wenn wir in Zukunft also eines in NRW brauchen, dann sind das mehr gut ausgebildete junge Menschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist doch auch klar. Die Chancen stehen für uns in Nordrhein-Westfalen auch gar nicht so schlecht. Die Zahl der jungen Menschen, die bei uns in NRW eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, wächst jedes Jahr um 5.000. Jedes Jahr gibt es 5.000 Abiturienten mehr, die zur Hochschule streben könnten. Das sind jedes Jahr 5.000 zusätzliche Chancen für junge Frauen und Männer, ein Hochschulstudium aufzunehmen und ihre Fähigkeiten und Potenziale zu ihrem eigenen Vorteil, aber auch zum Vorteil unseres Landes auszuschöpfen. Das ist doch auch entscheidend für uns.

Was passiert mit diesen Chancen? Anstelle von steigenden Studienanfängerzahlen, die man erwarten müsste, beobachten wir rückläufige Zahlen an fast allen Hochschulen. In der Konsequenz werden also nicht nur die 5.000 zusätzlichen Chancen verspielt, sondern auch einige Tausend Chancen mehr werden jedes Jahr in Nordrhein-Westfalen verspielt.

Die Gründe dafür haben meine Kollegin Frau Seidl und ich hier und auch im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie schon oft genug beschrieben. Es sind die Studiengebühren und die fehlenden Mittel, die die Hochschulen zu immer mehr Zugangsbeschränkungen treiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist unter anderem auch die unzureichende Ausbildungsförderung. Da hat der Antrag der SPD recht. Gerade die jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien werden durch eine wachsende Belastung durch Studiengebühren auf der einen Seite und durch eine zu geringe Entlastung durch ein ausreichendes BAföG auf der anderen Seite davon abgehalten, überhaupt ein Studium aufzunehmen. Sie werden abgeschreckt. Sie kommen nicht mehr. Es sind vertane Chancen. Darauf ist in der Debatte bereits hingewiesen worden. Es wurde auch in der Anhörung im Bundestag am Montag deutlich. Das BAföG muss erhöht werden, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt.

Ich hoffe, dass Sie von der SPD zu dem stehen – da bin ich sicher –, was sowohl Ihre Bundestagsfraktion in der Anhörung am Montag als auch Sie jetzt hier noch einmal wiederholt haben. Dies gilt zum Beispiel für den Kinderbetreuungszuschlag beim BAföG oder für die Mitnahmemöglichkeit ins EU-Ausland.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich wünsche Ihnen gleichzeitig viel Glück bei Ihren Verhandlungen mit der CDU und Ministerin Schavan. Das wird noch sehr schwierig. Sie wollte das BAföG ursprünglich völlig abschaffen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Eines sollte inzwischen allen klar geworden sein: Wer Studierende mit Kindern nicht deutlich besser fördert, als von der Bundesregierung bisher vorgesehen, nimmt in Kauf, dass insbesondere viele junge Frauen ein Studium abbrechen oder gar nicht erst beginnen können, weil sie es sich nicht zutrauen. Wer das BAföG einfriert und gleichzeitig auf einen höheren Hinzuverdienst der Studierenden setzt, nimmt eine Verlängerung der Studienzeiten und eine Zunahme der Studienabbrüche in Kauf. Das tun Sie im Moment. Deshalb muss dringend gehandelt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer die Förderung des zweiten Bildungswegs einschränken will, verbaut den Pfad zum sozialen

Aufstieg durch Bildung. Es ist auch noch in der Pipeline,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass eine Einschränkung für die Kollegiaten kommen soll.

Ich frage vor allem Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen: Wollen und können wir uns weiterhin leisten, was Sie machen? Wollen Sie jedes Jahr viele Tausende Zukunftschancen von jungen Menschen in NRW verspielen? Wollen Sie das weiter verantworten? Wir Grüne wollen das ausdrücklich nicht, meine Damen und Herren.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich für eine schnellstmögliche substanzielle Erhöhung des BAföG einschließlich der diskutierten strukturellen Verbesserungen tatsächlich einzusetzen.

Aber das allein reicht nicht aus. Die Landesregierung muss sich auch beim Bund für eine Aufstockung beim Hochschulpakt einsetzen. Wir brauchen die Aufstockung beim Hochschulpakt; denn wir brauchen auch mehr Geld für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen.

Herr Minister Pinkwart – Sie hören mir gerade von der Seite so aufmerksam zu –, in Ihrer Zeit als Wissenschaftsminister hat sich die Situation an den nordrhein-westfälischen Hochschulen eben nicht verbessert. Sie haben zu verantworten, dass sich die Situation dauernd verschlechtert hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich fordere Sie nachdrücklich auf: Setzen Sie sich in Berlin endlich einmal mit den Forderungen nach mehr Geld für Studienplätze in Nordrhein-Westfalen durch. Sie müssen sich da durchsetzen, sonst gehen Sie in die Geschichte als derjenige ein, der es hier in Nordrhein-Westfalen zu verantworten hat, dass Zukunftschancen verspielt werden.

Die Landesregierung muss endlich einsehen – das ist mein Schlusssatz dazu –, dass die Einführung der Studiengebühren ein Fehler war, den sie so schnell wie möglich korrigieren muss. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Groth. – Für die Landesregierung, nein, für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Abgeordnete Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie mich dann doch nicht der Landesregierung direkt zugerechnet haben. Da haben wir gute, bessere andere, die diese Debatte gleich auch gerne noch hier abrunden. Daran habe ich keinen Zweifel.

Ich darf für die FDP-Landtagsfraktion erklären: Selbstverständlich stehen wir einer Anpassung der BAföG-Sätze aufgeschlossen gegenüber. Sie können sich sicher sein, dass es keinerlei Aktivitäten von unserer Seite gibt, solche Pläne und Vorhaben scheitern zu lassen, und dass wir uns mit unseren Kollegen im Bund völlig einig sind, dass das BAföG weiterentwickelt werden muss. Niemand plant eine Abschaffung und ähnliche Dinge, die hier eben im Raum standen.

Wenn ich das mit Blick auf meinen Vorredner sagen darf: Es ist ja wirklich bemerkenswert, wie sich in größter Eile und Schnelligkeit Perspektivwechsel dergestalt ergeben, dass Vertreter der Grünen, die ja nun wirklich noch vor Kurzem alle Blankoschecks für den Subventionsbergbau selber quergeschrieben haben, auf einmal die großen Erkenntnisse präsentieren, dass doch die Zukunft nicht in tiefen Schächten liegt, sondern in Innovation und allem, was in der Wissensgesellschaft passieren muss.

Das geschieht so selbstverständlich, als hätte man sich in dieser Richtung die letzten Jahren verwendet, und das gerade bei denjenigen, die sieben Jahre im Bund – das waren sieben schlimme, dürre Jahre; zu lang in der Tat, aber immerhin ist es ja nun einmal so gewesen – nichts an struktureller BAföG-Reform auf den Weg gebracht haben. Sie formulieren auf einmal die großen Erwartungen an alle anderen – an CDU, SPD, FDP in unterschiedlichen Rollen gleichzeitig –, und selber sind Sie, als Sie selber in Verantwortung standen, in dem Bereich so mau und mager gelandet. Was Ihre eigenen Verhaltensweisen angeht, war das alles andere als ehrlich und kritisch.

Ich will der SPD in Nordrhein-Westfalen zugestehen – ich glaube, auch das gehört zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dazu –, dass Sie BAföG nicht abschaffen wollen, dass Sie an den Stellen, wo es Überlegungen zu Änderungen und Verschlechterungen gab, auch auf Ihre Bundeskollegen eingewirkt haben, dass sie nicht zum Tragen kommen. Da stehen Sie auch in der Tradition.

Ungeachtet dessen müssen Sie sich natürlich die Frage gefallen lassen, warum dieser lange Eieranz der SPD im Deutschen Bundestag hinter uns liegt, auf den wir heute zurückblicken.

Ich darf ergänzen: Ich würde gerne mit Ihnen betreffend eine perspektivische Neuausrichtung des Themas BAföG in den Dialog über eine wirkliche große Strukturreform, eine Systemumstellung eintreten, die darauf abzielt, zu einer elternunabhängigen Grundförderung aus der Zusammenfassung von Leistungen – Kindergeld, Steuerfreibetrag und Ausbildungsfreibetrag – zu kommen. Da könnte man einiges für die zukünftigen Studentengenerationen in unserem Land auf den Weg bringen.

Es bleibt die Frage, warum die SPD das Thema im Bund, wenn es ihr hier ein so großes Anliegen ist, so stiefmütterlich behandelt hat, warum also Ihre eigenen Bundestagsabgeordneten in letzter Zeit keine ernsthaften Anstrengungen für strukturelle Verbesserungen derart unternommen haben, wie Sie sie hier in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich einfordern.

Ich darf ergänzen: Warum gab es um das, was Ihnen zum Beispiel für den zweiten Bildungsweg wichtig war, nämlich die Chancen der Inanspruchnahme elternunabhängiger Förderung nicht zu verbauen, einen so langen Eieranz, und das bei einem Thema, das wir in der Koalition der Erneuerung sehr schnell, sehr unbürokratisch, aber dafür sehr ergebnisorientiert gehandhabt haben? Ihnen ist bekannt, dass sich unser Land bereits in der Sitzung des Bundesrates am 30. März 2007 klar in einer Art und Weise positioniert hat, wie Sie das eigentlich begrüßen müssten. Das war ja auch notwendig, weil es ganz andere Planungen im Bund gab.

(Carina Gödecke [SPD]: Jetzt bringen Sie nicht Äpfel und Birnen durcheinander!)

– Also, Frau Gödecke, Ihnen ist unser Verhalten im Bundesrat bekannt. Sie kennen die Haltung, die wir dort vertreten haben, dass wir nämlich nicht zu einer Abschaffung der elternunabhängigen Förderung kommen wollen.

(Carina Gödecke [SPD]: Betreiben Sie keine Geschichtsklitterung! Sie wissen, wie hinter den Kulissen gearbeitet wurde! Das ist schon eine Schweinerei, wie Sie das darstellen!)

– Sie haben selber, Frau Gödecke, die Sie die ganze Zeit Zwischenrufe tätigen, noch in der letzten Parlamentsdebatte hier gestanden

(Carina Gödecke [SPD]: Schmücken Sie sich nicht mit fremden Federn! Sie haben kein Stück dazu beigetragen!)

und klar gesagt, Sie dankten auch durchaus dem Land für die Einigkeit in der Bewertung, sich im Bundesrat so klar verhalten zu haben. Ich glaube,

Sie sollten nicht verdrängen, dass Sie dieses Lob bei der letzten Debatte zu diesem Thema an die Regierung gerichtet haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schultheis?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Kollege Witzel, Sie müssen natürlich bei dem, was Sie hier vortragen, berücksichtigen, dass SPD und Grüne 2001 das BAföG vor dem Zugriff der vorherigen Koalition von CDU und FDP gerettet haben. Nach dem, was Sie hier vorgetragen haben, frage ich Sie dennoch – mir fehlt da jegliche Begründung, oder Sie müssten sie jetzt in der restlichen Redezeit noch bringen –, warum Sie unseren Antrag ablehnen möchten.

Ralf Witzel (FDP): Ich werde, Herr Schultheis, Ihren Antrag ablehnen, weil Sie darin Dinge einfordern, die sich längst überholt haben und die nicht in Rechnung stellen, wie das Verhalten insbesondere der SPD lange Zeit gewesen ist. Deshalb möchte ich Ihnen in Beantwortung Ihrer Frage das Zitat von Renate Schmidt, die das Thema in Ihrer Bundestagsfraktion mit betreut und dazu wiederholt ausgeführt hat, nicht verheimlichen: Sie können sicher sein, dass wir einen Vorschlag zur spürbaren Erhöhung insbesondere der Bedarfsätze, aber auch der Einkommensgrenzen, der noch in dieser Legislaturperiode wirksam wird, machen werden. – Ich bin einmal gespannt, wie Sie dieses Versprechen einlösen – hoffentlich nicht so, wie das bei der Umsatzsteuer der Fall war, wo Sie gesagt haben, 2 % Merkelsteuer, das werde teuer, und nachher die Finger für die 3 % gehoben haben. Da muss man dann auch konsequent sein.

Herr Schultheis, ich glaube, dass es dieser Initiative auch deshalb nicht mehr bedarf, weil Frau Schavan erst gestern in den Medien erklärt hat, dass die fälligen Anpassungen im nächsten Jahr vollzogen werden. Insofern glaube ich, dass sich der Bund nach einem sehr langen Vorlauf an dieser Stelle bewegen und handeln wird.

Dieser Initiative bedarf es jedenfalls für den Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht. Die Koalition der Erneuerung ist klar aufgestellt. Das BAföG brauchen wir auch zukünftig als Instrument. Wir

werden das auch weiterhin so professionell verhandeln, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, letztmalig in der Sitzung des Bundesrats am 30. März dieses Jahres. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier geht es zum einen um die Forderung, die Bedarfsätze für BAföG-Empfänger und die Freibeträge zu erhöhen, um die Sätze und Freibeträge den Kostensteigerungen der letzten Jahre anzupassen. Zum anderen geht es insbesondere um Verbesserungen für Studierende mit Kindern und um die Ausdehnung des BAföG-Empfängerkreises auf Studierende im Ausland.

Diese Anliegen sind richtig und werden von der Landesregierung unterstützt, da eine gut strukturierte und hinreichend ausgestattete Förderung wichtig ist, wenn wir möglichst viele junge Leute für eine möglichst hochwertige Ausbildung gewinnen wollen.

Zwei Punkte möchte ich in diesem Kontext besonders ansprechen.

Der erste Punkt betrifft die Finanzierung. Die Erhöhung der Sätze und Freibeträge entspricht angesichts des BAföG-Finanzierungsschlüssels mit einem Anteil des Bundes von 65 % im Verhältnis zum Anteil der Länder von 35 % der üblichen Finanzierungsgepflogenheit.

Das heißt aber auch, dass Initiativen für eine allgemeine strukturelle Verbesserung der Ausbildungsförderung in der Vergangenheit von der zuständigen Bundesregierung ausgegangen sind und auch in Zukunft sinnvollerweise von ihr ausgehen sollten.

Die Bundesregierung hat in ihrem 17. BAföG-Bericht zunächst darauf hingewiesen, dass „für weitere Ausgabenerhöhungen durch eine zusätzliche Anhebung der Freibeträge, Bedarfsätze und Sozialpauschalen angesichts der allgemeinen finanzpolitischen Lage derzeit kein Spielraum besteht.“

Mit Blick auf den SPD-Antrag, der für 2007 eine BAföG-Erhöhung fordert – so auch die Überschrift –, zitiere ich aus einer Erklärung von Herrn Tauss, dem forschungs- und bildungspolitischen Sprecher der

SPD-Bundestagsfraktion, vom 21. Mai dieses Jahres. Vor zwei Tagen hat Herr Tauss also gesagt: „Also, für dieses Jahr“ – 2007 – „war klar, dass wir eine BAföG-Erhöhung nicht vornehmen können aufgrund der Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung.“ Somit hat Herr Tauss eigentlich das beantwortet, was in dem Antrag der SPD-Fraktion steht. Das war auch die Beratungsgrundlage im Bundesrat, auf den ich gleich noch zurückkomme.

Inzwischen hat die Bundesregierung signalisiert, dass es doch eine Erhöhung geben könnte. Am Montag hat eine Expertenanhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Forschung unter anderem zu dieser Frage stattgefunden. Dort haben die Experten in großer Übereinstimmung eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um ca. 10 % gefordert. Dies sei nur die notwendige Kompensation für die seit 2002 ausgewiesenen Anpassungen.

NRW würde es begrüßen, wenn im Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens die angekündigte Erhöhung von 290 Millionen € käme. Das Land würde in diesem Fall, wie es ebenfalls Tradition und Gepflogenheit ist, für seinen Anteil an der Finanzierung selbstverständlich geradestehen.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Oliver Keymis: Entschuldigen Sie, Herr Minister. – Kolleginnen und Kollegen, ich muss auf Folgendes hinweisen: Wir sitzen schon relativ lange im Plenarsaal zusammen. Ich verstehe das Bedürfnis, sich nach einem langen Arbeitstag auszutauschen. Aber der Arbeitstag ist eben noch nicht beendet.

Ich bitte Sie ausdrücklich darum, sich ein bisschen auf das zu konzentrieren, was vom Pult aus gesagt wird. Möglicherweise will die eine oder andere bzw. der eine oder andere noch darauf reagieren. Ich erlaube mir diesen Hinweis deshalb, weil wir in den Ältestenratssitzungen von den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Fraktionen verschiedentlich auf genau den Umstand hingewiesen werden, auf den ich Sie jetzt aufmerksam gemacht habe. – Herr Minister, fahren Sie bitte fort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident.

Zweitens: strukturelle Verbesserungen. Der Bund sieht bereits in der bisher geplanten BAföG-Änderungsnovelle Verbesserungen für das Auslandsstudium, für die Migrantenförderung und für Studierende mit Kindern vor. Das begrüßen wir.

Ende März 2007 hat das Plenum des Bundesrats zu der Novelle Stellung genommen und das, was in dem Verbesserungsentwurf steht, gestützt. Bei Einzelanträgen hat sich Nordrhein-Westfalen der Stimme enthalten müssen, weil die Belange der Abendschüler dadurch tangiert sind. Der Gesetzentwurf sieht nämlich zur Gegenfinanzierung der für die Studierenden angestrebten Verbesserungen unter anderem vor, die Schüler von Abendgymnasien und Kollegs schlechter zu stellen. Dem konnten wir nicht einfach zustimmen, zumal der zweite Bildungsweg in Nordrhein-Westfalen seit jeher einen hohen Stellenwert hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schultheis?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Nein, ich möchte das hier gebunden vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut, Herr Schultheis nimmt das zur Kenntnis.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich weiß, dass das, was ich hier vortrage, unangenehm ist. Aber das gehört dazu, denn es entspricht der Realität.

Möglicherweise wird sich der Bund allerdings auch in dieser Frage noch bewegen.

Froh bin ich darüber – das ergänzt die Darstellung des zeitlichen Ablaufs, die wir eben schon gehört haben –, dass der Bundesrat im März mit den Stimmen Nordrhein-Westfalens die Bundesregierung gebeten hat, über die genannten Verbesserungen hinaus zu prüfen, ob in Abstimmung mit den Ländern nicht doch eine Erhöhung des BAföG erfolgen könnte.

Der Bundesrat hat schon in seinem Beschluss vom März darauf hingewiesen, dass aus seiner Sicht für diese Prüfung unter anderem die im Mai 2007 erwartete Steuerschätzung eine besondere Relevanz hat. Offenbar ist das so; denn die neue Steuerschätzung, die nun vorliegt, bringt auch neue Bewegung in das Thema BAföG.

Ich hoffe, dass am Ende der Beratungen in Berlin stehen wird, dass die Studierenden nicht allein von strukturellen Verbesserungen, sondern auch von einer Erhöhung des BAföG ab 2008 profitieren können.

Herr Groth, lassen Sie mich – da Sie so schön mit Bochum gestartet sind – abschließend auf Ihre kritischen Bemerkungen eingehen und auf das verweisen, was wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben. Sie wissen genau: Das Ergebnis rot-grüner Politik ist, dass gerade die so wichtige und forschungspolitisch hochinteressante Ruhr-Universität Bochum mit über 1 Milliarde € den mit Abstand größten Modernisierungsbedarf aller Universitäten in Deutschland hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist das Ergebnis Ihrer Regierungspolitik, dass Nordrhein-Westfalen zu Ihren Regierungszeiten in Berlin für den Hochschulbau im Schnitt gerade einmal 13 % der Mittel – bei dem Königssteiner Schlüssel von 21 % – abgeholt hat. Wir holen beim Hochschulpakt 22 % der Mittel ab. Wir tun mehr, als es nach dem Länderschlüssel möglich wäre. Das ist der Unterschied zwischen unserer Politik und Ihrer Politik.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Haben Sie den Neubau im Osten bewältigt?)

Deswegen kann ich hier nur sagen: Schauen Sie sich genau an, was Sie über viele Jahre in Nordrhein-Westfalen zu verantworten haben. Stellen Sie das einmal auf der einen Seite der Qualität von Lehre und Forschung und auf der anderen Seite der Sozialverträglichkeit gegenüber, mit der wir unseren Studierenden eine faire Chance eröffnen, endlich auch ein Studium zum Abschluss führen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Wir sind am Ende der Beratungen zu TOP 15.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/4354**, den Antrag Drucksache 14/3496 abzulehnen. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand im Saal. Damit ist diese Empfehlung mit der Mehrheit der Stimmen **angenommen** und der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

16 Gesetz zur Novellierung des Kurortegesetzes sowie zur Aufhebung der Kurorteverordnung und der Erholungsorteverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortegesetz – KOG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4298

erste Lesung

Für die Landesregierung hat der zuständige Minister seine Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfes zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 2).

(Beifall von CDU und FDP)

– Herzlichen Dank; wir werden ihm den Applaus übermitteln. – Da auch keine weitere Debatte vorgesehen ist, sind wir schon am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, die Empfehlung des Ältestenrates über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/4298** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Wie ich sehe, sind alle dafür. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

17 Gesetz zur Regelung der Berufsankennung EU- und Drittstaatenangehöriger für den Bereich der nichtakademischen Heilberufe und zur Änderung anderer Gesetze und Verordnungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4324

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich hier ebenfalls nicht das Wort, weil der zuständige Minister auch diese Einbringungsrede zu Protokoll gegeben hat (siehe Anlage 3).

Eine weitere Debatte ist nicht vorgesehen. Damit sind wir schon am Schluss der Beratung für heute.

Ich komme zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/4324** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer ist für diese